



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2014/12809**
Datum: 07.05.2014
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Frau Sabine Wolff
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.05.2014	öffentlich Entscheidung
Bildungsausschuss	02.09.2014	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	16.09.2014	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	17.09.2014	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	24.09.2014	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Stadträtin Sabine WOLFF (NEUES FORUM) zur Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik mit Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren (und älter) weiterführende Schulen in der Stadt Halle (Saale) zu gewinnen und die Ausführung in der kommenden Wahlperiode des Stadtrates Halle (Saale) 2014 - 2019 vorzubereiten und zu unterstützen.

gez. Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

Begründung:

Die Gründe für die Durchführung eines Planspiels über Kommunalpolitik sind allgemein bekannt: Immer mehr Jugendliche sind an (kommunaler) Politik wenig bis gar nicht interessiert. Oft wird dies durch die mangelnden Möglichkeiten zur aktiven Partizipation begründet. Eben hier ist die große Chance des Planspiels, kommunalpolitische Strukturen und Prozesse zu begreifen und dabei Möglichkeiten zu erleben, wie man sich aktiv in die Kommunalpolitik einbringen kann. Abläufe, Zuständigkeiten und Entscheidungsmechanismen in der Kommunalpolitik sollen für junge Leute nachvollziehbar werden.

Die Stadt Halle war Ende 2005 Austragungsort des Projekts „Planspiel Kommunalpolitik“, an dem 58 Schülerinnen und Schüler der Klassen 10-13 der Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ erfolgreich teilnahmen. Den Abschluss des 8-wöchigen Planspieles bildete eine Jugendstadtratssitzung, die als Hauptthema die Gestaltung des S-Bahnhofs Halle-Neustadt hatte. 2005 war die [Friedrich-Ebert-Stiftung](#) Organisator des Planspieles, aber auch andere Organisationen, wie die [Bundeszentrale für politische Bildung](#), bieten ein Planspiel zur Kommunalpolitik an. Insgesamt wurde es unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler durchgeführt.

Neben der prinzipiellen Zustimmung zur Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik seitens der Stadträtinnen und Stadträte sowie des Oberbürgermeisters bedarf es der konkreten Unterstützung der Jugendlichen in Bezug auf die inhaltliche Vorbereitung zur Durchführung einer „Jugendstadtratssitzung“. Im Fall der Organisation über die Friedrich-Ebert-Stiftung würde eine methodische und finanzielle Unterstützung von ihnen sichergestellt werden.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Datum 19.05.2014

Sitzung des Stadtrates am 28.05.2014

Betreff: Antrag der Stadträtin Sabine WOLFF (NEUES FORUM) zur Durchführung eines Planspiels Kommunalpolitik

Vorlagen-Nummer: V/2014/12809

TOP: 8.9

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Begründung:

Die Verwaltung unterstützt die Idee, in der kommenden Wahlperiode wieder ein Planspiel Kommunalpolitik mit SchülerInnen weiterführender Schulen durchzuführen.

Das Planspiel ist eine Methode der politischen Bildung, die Jugendliche für Politik interessieren will und Kenntnisse über die Grundlagen der Kommunalpolitik vermitteln kann. Ebenfalls werden kommunikative Fähigkeiten entwickelt, d. h. die Fähigkeit, konstruktiv zu argumentieren, Konflikte auszuhalten, Kompromisse zu schließen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

Die Jugendlichen besuchen dazu eine echte Sitzung des Stadtrates, suchen sich dann eigene Themen, bereiten sich in Fraktionen auf eine eigene gespielte Sitzung vor, schreiben Anträge und Anfragen in Zusammenarbeit mit den „echten“ Kommunalpolitikern. Den Höhepunkt bildet zum Schluss eine nachgespielte Sitzung mit den jugendlichen Räten.

Das Planspiel Kommunalpolitik ist sehr gut geeignet, um es in den Sozialkundeunterricht ab Klasse 9 zu integrieren.

Seit 2011 hat sich der Friedenskreis Halle e. V. bereits mit dem Projekt „Demokratie macht Schule“ eine stärkere Verbindung zwischen Stadtrat und halleschen Schulen auf die Fahnen geschrieben.

Seit 2013 gibt es die sogenannten „Politikpatenschaften“, bei denen Stadträte eine Patenschaft für einen Schüler bzw. eine Schülerin oder eine kleine Gruppe von SchülerInnen übernimmt und ihnen im persönlichen Kontakt die Arbeit des Stadtrates näher bringt.

Das Projekt ist angesiedelt im Lokalen Aktionsplan „Hallianz für Vielfalt“ und wird gefördert vom Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Vorstellbar ist vor diesem Hintergrund die Durchführung des Projektes gemeinsam mit den jugendlichen und erwachsenen TeilnehmerInnen des Projektes „Politikpatenschaften“.

Auch über das Projekt „Demokratie macht Schule“ des Friedenskreises e. V. bestehen bereits aktive Kontakte zu den Schulen, bzw. den SozialkundeflehrerInnen.
Auch der Kinder- und Jugendrat wird sehr gern gemeinsam mit diesen und weiteren Partnern eine solche „Jugendstadtratssitzung“ vorbereiten.

Mittlerweile verfügt die Stadt Halle (Saale) auch über ein gut funktionierendes Netzwerk der Schulsozialarbeit, so dass eine Projektgruppe „Jugendkommunalpolitik Halle (Saale)“ aus Friedenskreis e. V., der Netzwerkstelle Schulsozialarbeit und der Fachkraft für Partizipation (beides FB Bildung) gemeinsam mit oben genannten Projekten den Stadtratsbeschluss umsetzen könnte.

Eine finanzielle Absicherung durch externe Partner wird dabei vorausgesetzt.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Tobias Kogge
Beigeordneter